

## Thesen zu Arbeitsmarkt und Familienpolitik 1975-79

Jurczyk, Karin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jurczyk, K. (1979). Thesen zu Arbeitsmarkt und Familienpolitik 1975-79. In R. Mackensen, & F. Sagebiel (Hrsg.), *Soziologische Analysen: Referate aus den Veranstaltungen der Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der ad-hoc-Gruppen beim 19. Deutschen Soziologentag (Berlin, 17.-20. April 1979)* (S. 820-831). Berlin: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-136137>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Thesen zu Arbeitsmarkt und Familienpolitik 1975-79

Karin Jurczyk

Seit 1974/75 scheint "Krise" ein kennzeichnendes Moment dieser Gesellschaft zu sein, und zwar eine Krise, die umfassender Art ist, die den ökonomischen, den allgemein gesellschaftlichen Bereich - damit meine ich anerkannte, bürgerliche Werte und Institutionen - und damit auch den Bereich von Familie und Individuum einschließt.

Ich möchte zunächst eine verkürzte Erläuterung meines Krisenbegriffs<sup>1)</sup> geben: Krise wird als ein Prozeß verstanden, der selbst eine Entwicklung voraussetzt, die schon die Krise in sich trug. Krise ist also nicht erst in dem Moment gegeben, in dem sie offen zutage tritt - eher im Gegenteil, denn Krise ist bereits der Problemlösungsversuch: Krise ist eine Reaktion auf Entwicklungen, die anders nicht bewältigt werden konnten, ist damit "momentane gewaltsame Lösung vorhandener Widersprüche"<sup>2)</sup>. Sicherlich bedeutet aber Krise für jeden hier thematisierten Bereich etwas Unterschiedliches.

Zwischen der ökonomischen und der gesellschaftlichen Krise, der Krise und der daraus folgenden Bedeutung von Familie besteht nun ein struktureller und für die Familienpolitik auch besonders aktueller Zusammenhang. Die Analyse der ökonomischen Krise ergibt, daß die Einschränkungen in bezug auf Wachstum, daß die Arbeitslosigkeit, daß das Sinken bzw. Einfrieren des Lohnniveaus nicht momentane Krisenerscheinungen sind, die vom baldigen Aufschwung eingeholt und abgelöst werden. Alles deutet darauf hin, daß die Grenzen des Wachstums erreicht sind und eine Infragestellung des Wertes des permanenten, quantitativen Wachstums in Gang gesetzt ist. Qualität statt Quantität - diese Forderung nach der Rückbesinnung auf Werte, nach mehr Sinn, erstreckt sich auf das alltägliche Leben, auf die Arbeit, auf die Umwelt, auf das Miteinanderleben und tritt partiell an die Stelle von Wohlstand, Gütern, Geld.<sup>3)</sup> Es sei in diesem Zusammenhang an die Forderung nach der Verbesserung der Arbeitsbedingungen anstelle von mehr Lohn in Arbeitskämpfen hingewiesen. Diese Forderung reflektiert aber auch die schlechte gesellschaftliche Realität: Die Unmöglichkeit eines weiteren wirtschaftlichen Wachstums, die Erkenntnis

der gravierenden Zerstörung der natürlichen Umwelt durch industrielle Produktion, Probleme der Energieversorgung, daneben aber auch auf der individuellen Ebene eine zunehmende Unfähigkeit, das Leben unter den gegebenen Umständen zu bewältigen, was sich in der Flucht in Alkohol, Drogen, Sekten, Jugendprostitution, Kriminalität ausdrückt, ebenso wie in der Zunahme der psychischen Krankheiten und der Inanspruchnahme therapeutischer Beratung ("Psycho-boom") für die Probleme von Familie, Ehe, Sexualität und schließlich im Geburtenrückgang als Reflex auf ungenügende Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Diese Gesellschaft und damit die herrschende Produktionsweise - ich beziehe mich hier auf Habermas<sup>4)</sup> - legitimiert sich wesentlich über Wohlstandssteigerung, soziale Leistungen, Arbeitsplatzgarantie. Gelingt dies auf Dauer immer weniger, so geraten Gesellschaft, Staat und Produktionsweise in eine Legitimationskrise. Dieser Punkt scheint erreicht. M.E. setzt genau hier das neue Interesse an Familie an - Familie wird wieder als eine der neuen Qualitäten präsentiert, als Ersatz für die anderen Werte, die als Legitimationsbasis dienten. Hierin scheint mir die wesentliche Bedeutung der Rückbesinnung auf Familie zu liegen, und wie ausgeführt werden wird, auch das Hauptanliegen von Familienpolitik. Allerdings trifft gleichzeitig zu, daß Familie, wie in jeder gesellschaftlich umfassenden Krisenphase<sup>5)</sup>, selbst in eine Krise geraten ist. Die Brisanz und Aktualität der Familienpolitik liegt aber nicht nur in der Wiederherstellung des gesellschaftlichen Werts von Familie an sich, sondern in ihrer politischen Funktion als Rückzug in die Privatheit, im Anliegen, dem Legitimationsdefizit die potentielle Sprengkraft zu nehmen, Depolitisierung zu betreiben, um mögliche politische Konsequenzen der gesellschaftlichen Entwicklung und deren allgemeine Erkenntnis zu vermeiden.

Zunächst soll die wirtschaftliche Krise etwas genauer betrachtet werden mit der Absicht, die Thesen von der Wohlstandsminderung, der strukturellen Arbeitslosigkeit und den Konsequenzen für Frauen näher auszuführen.

Häufig wurde festgestellt, - auch auf der nicht-analytischen,

deskriptiven Ebene- daß die derzeitige Krise eigentlich Reaktion und Resultat sei in bezug auf die ökonomische Entwicklung der jahrzehntelangen Expansionsphase. Diese Krise läßt sich - nach Mandel<sup>6)</sup> - als Überproduktionskrise kennzeichnen, deren wesentliche Merkmale das Sinken der Profitrate, brachliegendes Kapital und unausgelastete Produktionskapazitäten sind.<sup>7)</sup> Prinzip und Zweck der kapitalistischen Produktionsweise sind Rentabilität und Verwertung des vorhandenen Kapitals mit dem Ziel der Gewinnmaximierung. Diesen Zielen entsprechen die Maßnahmen in der Krise: Ökonomisierung, d.h. eine bessere, eine Wieder-Auslastung des vorhandenen Kapitals, das Abstoßen unrentablen Kapitals sowie die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit. Die Intensivierung der Arbeit wird als Krisenstrategie schon seit ca. 1960 verstärkt eingesetzt, denn die Grenzen der extensiven Ausbeutung der Arbeitskraft kündigten sich bereits damals an. Intensivierung der Arbeit als Erhöhung des verausgabten Arbeitsquantums in der gleichen Zeit führt dazu, den absoluten Wert der Arbeitskraft zu senken und führt somit zu einem Sinken der Löhne. Intensivierung

der Arbeit ist somit eine, wenn auch schon sehr früh eingesetzte Maßnahme, um den Fall der Profitrate zu verhindern, bzw. aufzufangen. Parallel hierzu zeigte sich eine erhebliche Zunahme der Frauen- und v.a. der Müttererwerbstätigkeit; dies bedeutet per se eine relative Senkung des Lohnniveaus. Die kostenökonomischen Vorteile der Arbeitsintensivierung machen deutlich, wieso sie insbesondere für Frauenarbeitsplätze angewandt werden kann: 1. Überwindung der Rekrutierungsschranken von Arbeitskraft bei geringer Qualifikationsvoraussetzung und geringer Entlohnung, 2. hohe Reagibilität auf Marktschwankungen durch leichte Ersetzbarkeit und kurze Anlernzeit, 3. extensive Nutzung des psychisch-physischen Arbeitsvermögens. Dem entsprechen die Eigenarten typischer Frauenarbeitsplätze und des weiblichen Arbeitsvermögens, das sich auszeichnet durch Disponibilität, geringe Qualifiziertheit, geringe Lohnforderungen durch Definition als Zusatzverdienst und dem hohen Anteil stiller Qualifikationen und die Möglichkeit zur Überausbeutung über die - zumindest ideologisch behauptete - Rückkehr in die Familie. Hier zeigt sich das fatale Ineinandergreifen von betrieblichen Einsatzstrategien und Eigen-

schaften des weiblichen Arbeitsvermögens, das darauf hinweist, daß Frauen auch in ihrem Beruf durch ihre zusätzliche Arbeit als Mütter und Hausfrauen geprägt werden.

Eine weitere, in dieser Krise verstärkt eingesetzte Maßnahme sind Rationalisierungen, d.h. das Ersetzen von entwertetem Kapital durch neue Anlagen mit arbeitssparendem Effekt. Hier liegt ein Grund für die strukturelle Arbeitslosigkeit vor, denn Rationalisierung als Substitution von lebendiger Arbeit durch Maschinen bedeutet zum einen Polarisierung der Qualifikationen (wenig Höherqualifizierte, viele Dequalifizierte) und zum andern Freisetzung von Arbeitskraft. Rationalisierungsmaßnahmen werden besonders häufig im Angestelltenbereich angewendet, und auch hier sind Frauen durch ihre hohe Integration in den Bereich der Angestellten-tätigkeiten besonders betroffen.

Eine dritte Maßnahme, mit der der Krise begegnet wird, ist die beschleunigte Verlagerung der Produktion in Länder der dritten Welt, in die sogenannten Billig-Lohn-Länder. Mit der Bezeichnung ist der Zweck dieser Strategie schon genügend charakterisiert. Insbesondere sind auch hier Frauenindustrien betroffen.

Alle Maßnahmen konnten jedoch weder den Ausbruch der allgemeinen Rezession 1974/75 verhindern noch die Krise endgültig überwinden helfen. Perspektivisch betrachtet bedeutet diese Entwicklung erstens das Sinken bzw. Stagnieren der Löhne und zweitens eine bleibende, relativ hohe Arbeitslosigkeit. Eine solche Prognose gewinnt zusätzlich an Glaubwürdigkeit durch die angekündigte Innovationsphase des Kapitals, also weitere Rationalisierungen, weitere Arbeitslosigkeit. Überproportional hoch wird durch all diese Maßnahmen der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen bleiben. Das Ende der Expansionsphase bedeutete wie immer ein partielles Überflüssigwerden der industriellen Reservearmee, der Parias der Produktion: der ausländischen Arbeiter, der Frauen und Jugendlichen. Das sogenannte Gesundshrumpfen der Wirtschaft zieht aber insbesondere auch die Vernichtung von Teilzeitarbeitsplätzen nach sich, die für Frauen als Verbindungschance von Mutterschaft und Beruf besonders wichtig sind. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weist darauf hin, daß Frauen weiterhin noch am ehesten die gering qualifizierten und gering bezahlten Arbeits-

plätze behalten dürfen, d.h., daß ihre marginale Situation aufrechterhalten bzw. noch verschlechtert wird. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu den Absichtserklärungen der Politiker, der Diskriminierung von Frauen in Bildung, Ausbildung und Beruf abzuhelpen. Eine weitere Perspektive ist, daß in vielen Bereichen die Ausbeutung von Arbeitskraft einen solchen Stand erreicht hat, daß deren Reproduktion grundsätzlich gefährdet ist. An Familie wird die Forderung gestellt, diese Gefährdungen aufzufangen. Die Tendenz zur Überausbeutung gerade auch der weiblichen Arbeitskraft verhält sich aber im Widerspruch zu der Anforderung an Frauen, Reproduktionsarbeit zusätzlich und befriedigend zu leisten und die verbrauchte Arbeitskraft der Familienmitglieder wieder herzustellen. Hier setzt ein Interesse der Familienpolitik an der Erhaltung der weiblichen Arbeitskraft für die Hausarbeit ein.

Diese Perspektiven führen zum nächsten Punkt, zum "neuen" Interesse an Familie. Familie scheint in der Selbstverständlichkeit ihres Funktionierens "angeknäckt". Hierfür lassen sich thesenartig einige Gründe anführen: die im Lauf der letzten 10/15 Jahre gestiegene Frauen- und v.a. Müttererwerbstätigkeit hat zu einer Einstellungsänderung geführt: der Wunsch der Frauen nach beruflicher, außerfamiliärer Arbeit ist auch bei niedriger Qualifikation tendenziell gestiegen.<sup>8)</sup> Diese Umorientierung birgt ein erhebliches Konfliktpotential in sich, denn sie steht im krasen Gegensatz zur gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitsmarktsituation der Frauen. Frauen funktionieren nicht mehr reibungslos als Reservearmee; sie sind nicht mehr so flexibel und disponibel wie erwünscht. Damit ist eingetreten, was 1975 noch nicht abzusehen, aber zu wünschen war: Frauen wehren sich, entwickeln eigenes Interesse an Beruf, erkennen die Chancen, die er enthält. Hervorgerufen ist der Berufswunsch sicher auch durch Veränderungen in der Familie - sie wird als einziger Lebensinhalt unattraktiver empfunden, ihre Enge und Beschränkung deutlicher als solche wahrgenommen. Dies hängt auch mit dem Bewußtwerdungsprozeß zusammen, der durch die Frauenbewegung hervorgerufen ist, denn sie thematisiert Hausarbeit, Rollenverteilung, patriarcha-

lische Arbeitsteilung und Hierarchien in der Familie. Frauen streben nach mehr Selbständigkeit, finanziell wie psychisch, sie suchen nach Lebenssinn über die Familie hinaus - hier ist allerdings (leider) eher die Mittelschichtfrau angesprochen! Durch den Kontakt mit Beruf haben Frauen Erfahrungen gesammelt, die sie nicht einfach durch eine ideologische Wieder-Aufwertung von Familie vergessen. Das langwährende Plädoyer für die Frauenerwerbstätigkeit und die Abwertung des "Nur-Hausfrauen-Daseins", das dadurch an Selbstverständlichkeit verlor, lassen sich nicht einfach wieder rückgängig machen. Für viele Frauen ergibt sich daraus ein deutliches, aktuelles Interesse: die Suche nach Möglichkeiten der Verbindung von Familie und Beruf. Mit diesen Tatsachen muß Familienpolitik umgehen. Eine besondere Brisanz gewinnt diese Umorientierung von Frauen zusätzlich durch das Problem des Geburtenrückgangs, das zu einem nicht geringen Anteil durch den Berufswunsch der Frauen erklärt wird. Auch hier ist das Thema die Suche nach Verbindungsmöglichkeiten von Beruf und Mutterschaft.

Aber Familienpolitik muß aufgrund der Krise von Familie weiteres leisten: Zusätzlich zur Infragestellung von Familie durch Berufswunsch und Kritik der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung von Seiten der Frauen ist sie durch das Aufbrauchen ihrer Ressourcen bedroht, d.h. sie genügt immer weniger dem, was sie an gesellschaftlicher Leistung zu erbringen hat. Familie muß in ihrer Eigenstruktur aufrechterhalten werden, denn diese Gesellschaft und damit zusammengehend diese Produktionsweise ist ohne private familiäre Reproduktion nicht machbar.<sup>9)</sup> Aus der Krise von Familie folgt ihre neue Bedeutung: Alle Strategien scheinen darauf hinauszulaufen, Familie als Institution ohne gleichwertige Alternative darzustellen und in ihrer Funktionsfähigkeit zu stärken.

Hier noch einmal zusammengefaßt die Gründe:

- a) die politische Intention, Familie als Ersatz-Sinn anzubieten,
- b) die familienpolitische Intention, Familie als strukturell notwendigen, komplementären Teil zum Berufsbereich aus der Krise herauszuretten,
- c) die bevölkerungspolitische Intention, den Geburtenrückgang zu beheben,

d) die arbeitsmarktpolitische Intention, den Arbeitsmarkt vom überschüssigen Frauenpotential zu leeren.

Bevor konkrete familienpolitische Strategien diskutiert werden, vorab einige allgemeine Thesen über den Zusammenhang von Arbeitsmarkt und Familienpolitik:<sup>10)</sup>

1. Der Inhalt von Familienpolitik bestimmt sich sowohl über die konjunkturelle Situation auf dem Arbeitsmarkt wie über die stabile/instabile Situation der Familie. Daraus ergibt sich, daß

2. Familienpolitik mehr ist als ein Instrument zur Steuerung der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die rein ökonomische Bestimmung von Familienpolitik ist nicht haltbar. Familienpolitik hat ein vorrangiges, wenn auch unterschiedlich ausgeprägtes Interesse an der Stabilität von Familie.

3. Dennoch steht Familienpolitik in einem Abhängigkeitsverhältnis zur ökonomischen Situation. Es hat sich gezeigt, daß Familienpolitik in ihren Maßnahmen durchaus auf die Schwankungen des Arbeitsmarktes reagiert. Stets wurden verstärkt dann Maßnahmen zur Aufwertung von Familie ergriffen, wenn die Frauen vom Arbeitsmarkt verschwinden sollten - und umgekehrt. Familienpolitik wird zwar in diesem Sinn als Mittel benutzt, sie ist aber mehr als das.

4. In der Familienpolitik wird die Rolle der Frau je nach Bedarf an weiblichen Arbeitskräften definiert, wobei der Spielraum eher im mehr oder weniger an Berufstätigkeit besteht. Insofern trifft zu, daß eine Funktion der Familienpolitik ist, die Flexibilität und Verfügbarkeit der Frauen für den Arbeitsmarkt zu erhalten.

5. Eine Familienpolitik, die die Berufstätigkeit von Frauen akzeptiert, hat jedoch da ihre Grenze, wo Beruf mit Mutterschaft und Hausarbeit als Herstellungs- und Wiederherstellungsprozeß von Arbeitsvermögen in Konflikt gerät, da damit die wesentliche Leistung von Familie nicht mehr erfüllt wird. Dieser Punkt dürfte, bestimmt in bezug auf den Geburtenrückgang, erreicht sein.

6. Der Familienpolitik wohnt, resultierend aus ihrer doppelten Bestimmtheit eine prinzipielle Widersprüchlichkeit inne, die gleichzeitig Widersprüche von Sozialpolitik überhaupt widerspiegelt.<sup>11)</sup> Solche Widersprüche drücken sich in der Familienpolitik unter anderem in den unterschiedlichen Konzeptionen der Parteien



aus.

Meine These zur derzeitigen Familienpolitik ist, daß sie sich einerseits durchaus traditionell verhält, andererseits aber eine 'neue' Qualität beinhaltet. Diese These soll hier stellvertretend anhand des Mutterschaftsurlaubs diskutiert werden. Mutterschaftsurlaub ist in seinen Konsequenzen für Frauen ausgesprochen ambivalent zu beurteilen. Traditionell ist diese Maßnahme insofern, als sie eine kurzfristige Minimierung der Arbeitslosen über den Versuch der Re-Integration von Frauen in Familie bezweckt, zudem Familie stabilisieren und pronatalistisch wirken soll. Dies kann für Frauen sehr wohl eine Festschreibung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bedeuten, zumindest solange, wie nicht gleiche Forderungen für Väter durchgesetzt werden, andere Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt herrschen und das Berufssystem sich ändert. Der Erfolg einer derart begrenzten Maßnahme wird von vielen Seiten stark bezweifelt, denn das Greifen solcher Strategien hängt von verschiedensten Faktoren ab (Stärke des Berufswunsches, Qualifikationsgrad, Kinderzahl, Einkommenshöhe etc.). Dabei analysiert M. Schreyer treffend,<sup>12)</sup> daß die Höhe des Mutterschaftsgeldes und die damit angesprochenen Gruppen eine besondere Affinität zur Arbeitslosenstruktur haben. Die Höhe - maximal 750,-DM mtl. - dürfte einen gewissen Anreiz bieten für die Frauen, deren Verdienst auch sonst kaum höher liegt; dies sind die Teilzeitbeschäftigten und die Frauen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Beide sind überproportional stark bei den weiblichen Arbeitslosen vertreten. Auch läßt sich die Selektivität dieser Maßnahme kritisieren, denn gerade die Frauen, die besonders auf eine solche Unterstützung angewiesen sind, - die Ledigen und die Geschiedenen -, können davon nur schwerlich über sechs Monate sich selbst und ihr Kind ernähren. Die Abhängigkeit von einem Ernährer bleibt somit bestehen. Zudem zeigt die zeitliche Begrenztheit dieser Maßnahme, daß die Frage nach den Erziehungspersonen auch nach der sechsmonatigen Betreuung des Kindes durch die Mutter genauso unbeantwortet ist wie zuvor. Ohne eine Förderung von Krippen und Horten und anderen Alternativen gerät der Mutterschaftsurlaub in den Verdacht, Mütter wesentlich länger vom Arbeitsmarkt

fernhalten zu wollen als sechs Monate. Betriebe wie Politiker scheinen geradezu darauf zu spekulieren, daß Frauen nach der Geburt des Kindes für eine längere Zeit in der Familie verbleiben. Auch bleibt die Frage übrig, ob nicht viele Betriebe sich weigern werden, Frauen einzustellen, mit dem Hinweis auf diese Maßnahme und die Kosten, die ihnen dadurch entstünden. So kann sich der Mutterschaftsurlaub zu einer weiteren Verschlechterung der Berufs- und familiären Situation von Frauen auswirken.

Dennoch: So minimal die Vorteile auch sein mögen, und so naheliegender die negativen Folgen, bedeutet die Einführung des Mutterschaftsurlaubs, daß Beruf für Frauen grundsätzlich bejaht wird und ein Versuch gemacht wird, die Verbindung von Beruf und Mutterschaft zu erleichtern, und damit eine Hilfe zur Bewältigung des Alltags von Frauen. Die zunehmende Bejahung von Beruf ist m.E. eine Tendenz, die schon in den 50er Jahren einsetzte und die sich trotz Krisensituationen weiter verfestigt. Damit greift Familienpolitik ein Hauptkonfliktfeld von Frauen auf und kommt den Interessen der Frauen entgegen. Woher kommt aber die Frauenfreundlichkeit in puncto Beruf?

Zusätzlich zu dem Argument, daß ein gewisser Frauenanteil in Berufen generell und gerade auch für die Bekämpfung der gegenwärtigen ökonomischen Krise unabkömmlich ist (s.o.), ist zu sagen, daß ein Bewußtseinsprozeß bei den Frauen in Gang gekommen ist, der nicht einfach rückgängig gemacht werden kann. Die Parteien müssen nun mit den Resultaten ihrer eigenen Propaganda fertig werden. Alle Parteien wissen, daß, würden sie generell die Rückkehr der Frauen in die Familie fordern, sie allzu sehr an Glaubwürdigkeit verlieren würden. Sie wissen, daß sie, um die Krisenerscheinungen der Familie überhaupt angehen zu können, Beruf für Frauen nicht einfach tabuisieren können. So ergibt sich die interessante und neue Verbindung, daß den Berufswünschen der Frauen nachgekommen wird, um Familie zu retten - was zunächst paradox klingt. Das teilweise progressive Element, das für Frauen eine tatsächliche und momentane Erleichterung bedeutet, dient dazu, den traditionellen Trend "Stabilisierung der Kleinfamilie" zu verstärken. Ein weiteres Argument spricht für diese Interpretation: Alle Maßnahmen, die von der Familienpolitik vorgeschlagen

werden, so anstrebenswert sie auch im einzelnen scheinen, spielen sich im Rahmen der Familie ab. Es ist auffallend, wie wenig, im Vergleich zu den 60er Jahren, außerfamiliäre Lösungsmöglichkeiten noch zur Sprache kommen - die Tagesmütter, die Förderung von Horten und Krippen werden in den Programmen an letzter Stelle genannt, sie scheinen als erfolgreiche Strategie unwichtig. An erster Stelle ist in den familienpolitischen Programmen wieder zu lesen, daß Kinder in Familien gehören, daß Familie als quasi konkurrenzlose Institution in ihrem Eigenwert zu stärken sei. Es ist unbestreitbar, daß das Erziehungsgeld für die "Nur"-Mütter von mehreren Kinderen eine gerechte Entlohnung ist. Diese positiven Effekte für Frauen werden auch durch die Frauenbewegung hervorgehoben und zum Teil als offensive Strategie gefordert, wie z.B. der Lohn für Hausarbeit. Daß Hausarbeit endlich auch als Arbeit begriffen wird, daß Lohnarbeit für Frauen kritisch betrachtet wird, ist eindeutig als Fortschritt zu beurteilen.

Unter Anerkennung der unzureichenden Möglichkeiten in der Realität ist auch unbestreitbar, daß Teilzeitarbeitsplätze für Frauen Beruf vielfach erst ermöglichen, daß über Maßnahmen wie "Elternurlaub", der ja auch in der Diskussion ist, eine gerechtere Verteilung von Hausarbeit und Erziehung zwischen Mann und Frau bewirkt werden kann und diese vielleicht dazu führen, daß endlich auch Männer zuständig werden für die Arbeit in der Familie.

Aber, und mit dieser Frage möchte ich schließen, ist es nicht so, daß zur Aufrechterhaltung dieses Systems, das auf Lohnarbeit wie auf Hausarbeit gleichermaßen aufbaut, nichts besser, nichts funktionaler sein kann, als wenn Frauen an Beruf und Männer an Familie langfristig zu gleichen Teilen partizipieren und damit beides stabilisiert wird?

Die Gleichheitsbestrebungen für Mann und Frau, die bisher nur für die Lohnarbeit galten, werden nun auch auf Familie ausgedehnt - eine kleine Rollenumdefinition kann dabei durchaus in Kauf genommen werden, ohne daß dadurch das System ins vielbeschworene oder gefürchtete Wanken geriete ("Schweden-Modell"). Ob dabei Frauen nun noch mehr als bisher ausgebeutet werden durch die Anforderung der Verbindung beider Arbeitsformen als Selbstverständ-

lichkeit, ob dabei die Überbelastungen noch mehr aus dem Blickfeld geraten, oder die Belastungen sich auf beide Geschlechter ausdehnen werden, oder ob sich die Gleichheitsforderung schließlich unter der Hand ähnlich diskriminierend für Frauen auswirken wird wie in der Lohnarbeit, all dies ist noch offen. Eins läßt sich aber sicher sagen: alle Vorschläge, die im Rahmen der Privatheit von Familie bleiben und auf eine gerechtere Verteilung von Hausarbeit hinauslaufen, bedeuten für die Frauen als Bisher-Zuständige, daß Veränderungen als Ansprüche an den Mann je einzeln, privat in Machtkämpfen ausgehandelt werden müssen - dies dürfte für Frauen ziemlich anstrengend werden.

All diese Vorschläge laufen auch auf den Trend zur neuen Innerlichkeit hinaus, auf den Rückzug ins Private, auf das Verlernen der Einbeziehung gesellschaftlicher Alternativen. Es bleibt da kaum mehr Platz zur Diskussion neuer Lebens- und Wohnformen, neuer Möglichkeiten der Organisation von Arbeit.

#### Fußnoten:

- 1) Vor der Erläuterung meines Begriffs von Krise muß ich zunächst mal meinem Ärger Luft machen: bei der Beschäftigung mit der Literatur, insbesondere zur wirtschaftlichen Krise, habe ich festgestellt, daß der Begriff a) sehr unterschiedlich verstanden wird, ohne daß auf die Besonderheit und Begrenztheit des jeweiligen Begriffs hingewiesen wird und b) die Verwendung des Begriffs und damit auch das Verständnis des Problemzusammenhangs gänzlich vom dahinterstehenden Paradigma bestimmt wird und auch außerhalb desselben unbrauchbar wird.

Verwendete Literatur: Autonomie, Nr. 4/76, München. Darin: Kernner, L.: Arbeitslosigkeit und Krise: zur aktuellen Situation

IMSF: Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der BRD, Bericht Nr. 31, Frankfurt/Main 1978

Mandel, E./Wolf, W.: Ende der Krise oder Krise ohne Ende? Berlin 1977

ProKla, Nr. 4/72: Zur Intensifikation der Arbeit in der BRD (1. Teil) Redaktionskollektiv Gewerkschaften

- 2) Marx, K.: Kapital, 3. Bd. S.259, MEW Bd.25, Dietz Verlag Berlin 73

- 3) Dies ist eine Forderung und nicht Realität, eine Tendenz, deren Durchsetzungschancen fraglich sind.

- 4) Habermas, J.: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt/M. 73

- 5) vgl. Jurczyk, K.: Frauenarbeit und Frauenrolle. Zum Zusammenhang von Familienpolitik und Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland 1918-1975. Frankfurt/New York 78, 3. Auflage.

- 5) Mandel, E., a.a.O.
- 7) Gründe, die zu diesem Resultat führten, wie z.B. überproportionale Lohnsteigerungen von 1970-74 und internationale Verflechtungen, lassen sich hier nicht aufzählen und erst recht nicht analysieren. Vgl. Autonomie und Mandel, a.a.O.
- 8) Ich beziehe mich hier v.a. auf das DFG-Projekt "Ein-Kind-Familie" von Rerrich, M./Urdze, A., München, dessen Abschlußbericht Sommer 79 erscheint. Weitere Untersuchungen, die meine Thesen bestätigen, sind: Schweitzer, R.v.: Die Haushaltsführung erwerbstätiger Mütter unter besonderer Berücksichtigung des Arbeits- und Funktionsbereiches "Versorgung der Kinder". Gießen, und: Becker-Schmidt, R.: Die Widersprüchlichkeit der Forderung nach Einbeziehung der Frauen in die Produktion als notwendiger Schritt zu ihrer gesellschaftlichen Emanzipation: der besondere Fall arbeitender Mütter, Hannover.
- 9) vgl. hierzu unser Forschungsprojekt "Familiale Reproduktion in ihrer Bedeutung für Berufsarbeit", SFB 101, A3, Jurczyk, K. Ostner, I., Pieper, B.
- 10) vgl. Jurczyk, K.: a.a.O.
- 11) Zu der Bedeutung der Eingriffe des Staates und deren Zusammenhänge mit der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus aus staatstheoretischer Perspektive kann hier lediglich festgestellt werden, daß der bürgerliche Staat kein 'monolithischer Machtblock' ist, "er ist vielmehr die Stätte widerstreitender Tendenzen im Kampf um die Macht."  
Basso, L.: Die Marxsche Staatsauffassung, S.9, in: Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns, Zehn Thesen, Hrsg.: C. Pozzoli, Frankfurt/M. 76
- 12) Schreyer, M.: Die integrativen Dimensionen des Mutterschaftsurlaubes. Referat in: Dokumentation der Tagung "Frauenforschung in den Sozialwissenschaften", München 78.